

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

WÄHNISCHE Kundgebung in München. Der wähnische Reichstagsabgeordnete des Obersten v. Zolander, der sich von der Deutschnationalen Volkspartei abgetrennt hat, hielt Dienstag abend im überfüllten Hofbräuhaus in München eine Massenversammlung ab, in welcher Oberst v. Zolander über das Thema sprach: 'Die Frau und wir'.

Gegen die wilden Goldankaufstellen. Der amtliche Preussische Pressedirektor schreibt: Von ununterrichteter Seite wird uns mitgeteilt, daß die harte Zunahme der Ankaufstellen für Gold, Silber und Edelsteine für marktverleerliches Gebahren und die unläuterer Geschäftstätigkeit zahlreicher Käufer seit längerer Zeit die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich gelenkt hat.

Zusammenlegung höherer Schulen in Berlin. Im städtischen Ausschuss für Planwirtschaft in Berlin wurde gestern beschlossen, aus Sparamtheitsgründen eine Reihe Berliner höherer Schulen zusammenzulegen.

Die Versammlungen der Nationalsozialisten in Württemberg verboten. Die württembergische Regierung hat wegen der blutigen Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Stuttgart, Böppingen und Gelsingen die Versammlungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei bis auf weiteres verboten.

Bund zur Förderung des Roten Kreuzes. Führende Persönlichkeiten Deutschlands haben sich gestern zu einem Bund zur Förderung des Roten Kreuzes in Deutschland zusammengeschlossen. Das Ehrenpräsidium in dem Bunde hat der Reichspräsident übernommen, Vorsitz und Geschäftsführung liegen beim Deutschen Roten Kreuz, Charlottenburg, Berliner Straße 137.

Reichsjugendtag in Kassel. Der Zentralverband der Angestellten beruft für Ostern 1923 einen Reichsjugendtag nach Kassel ein. Der Jugendtag wird sich auch mit der Frage des Lebenswomens und anderen wichtigen Fragen befassen.

Jugend und Alkoholgenuss. Nach einer Meldung der 'Germânia' hat der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in einem Rundschreiben an die Provinzialschulkollegien und die Regierungen auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Jugend über die Folgen des Alkoholgenusses zu unterrichten und ihre Widerstandskraft gegen den Alkoholsmiss zu stärken.

Keine Zivilistenkassen in München. Der vorgelegte Verlammlungsabend in München mit gleichzeitig fünf sozialdemokratischen Massenversammlungen und zehn nationalsozialistischen Gegenversammlungen ist, soweit bisher bekannt, ohne Zwischenfall verlaufen.

Wächtlicher Brief aus Dresden.

Dresden. Witterungstüber. Ich komme soeben aus der Oper — aus der ersten Nachtvorstellung, die hoffentlich nicht die letzte bleiben wird. Idee und Zweck waren harmonisch vereint und deshalb erfolgreich wie nie.

Das allein wäre schon das Eintrittsgeld wert gewesen. Aber was wurde außerdem in glänzendem Rahmen und geschmackvoller Kultur geboten! Wie sein stimmte Alfred Meyer den Abend einleitend auf den heiteren Ton mit seiner drohlichen Zwiesprache mit dem 'Musikdirektorenbefehliger' Busch, den er als Draufgänger apostrophierte; wie niedlich war's, als er mit freundlichen Bewillkommungen auf den Busch klopfte, und den 'aktvollen Mann' neben dem Zietingeneral Friederichs Regens freiließ.

Die Erhöhung der Unterhaltung für Invalidenrentner. Im volkswirtschaftlichen Ausblick des Reichstags wurde die Unterhaltung für Invalidenrentner beträchtlich erhöht und ein Gesetzentwurf über die Beschäftigung von Schwerbeschädigten ohne grobe Vererbung angenommen.

Nach deutschem Gesetz verlieren Frauen, die Ausländer heiraten, ihr deutsches Bürgerrecht. Da nun England und Frankreich Gesetze erlassen haben, die in entsprechenden Fällen ihren Frauen die Staatsangehörigkeit abnehmen, richtete eine Anzahl demokratischer Reichstagsabgeordneter an die Reichsregierung eine kleine Anfrage, ob eine ähnliche Veränderung des deutschen Gesetzes bevorstehe.

Die Kommunisten schlichen sich aus. Im Reichsausschuss des Reichstags wurde der Antrag Dr. Stresemann (D. Vp.) und Gen., der eine Verringerung des Strafgebührens dahin herabsetzen will, daß nicht verbotene Versammlungen gegen Verhinderung und Erzeugung geschäftet werden, in erster Lesung unverändert angenommen.

Der Haushaltsausschuss des Reichstags hat einen Antrag der Sparkommission angenommen, nach dem dem Haushaltsausschuss bei den Beratungen des Etats für 1923 die Zahl der am 1. April 1922 und am 1. Januar 1923 bei den einzelnen Staatspositionen eines jeden Etats vorhandenen gewesenen Beamten und Beamtenanwärter der beamteten Hilfskräfte und der nichtbeamteten Hilfskräfte mitgeteilt werden soll.

Der Reichshaushaltsetat für 1923. Für das erste Halbjahr des laufenden Geschäftsjahres ergibt sich für den deutschen Reichshaushaltsetat eine Gesamteinnahme von 240 871 195 000 Mark und eine Gesamtausgabe von 422 834 892 000 Mark.

Sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigt sich in ihrer Sitzung am Mittwoch abend nochmals mit ihrer Haltung zur Einkommensteuer. Die Fraktion beschloß einstimmig, an ihrem bisherigen Standpunkte festzuhalten und sowohl die Ausbühnenförmigkeit als auch den angeforderten Vermittlungsvorschlag, wie den Regierungsentwurf abzulehnen.

Abbruch der Moskauer Abrüstungskonferenz. Die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz sind abgebrochen worden. Die Mandatanten hatten gefordert, daß nur politische Abmachungen unterzeichnet würden, und daß die Besprechungen über den militärischen Teil erst drei Monate nach der Ratifizierung der politischen Abmachungen beginnen sollten.

Der Generalgouverneur des russischen Reichs. In der ersten gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des nordrussischen Parlaments eine Volkskraft des Königs, in der die Hoffnung ausgesprochen wird, daß durch treue Beobachtung des englisch-russischen Vertrags Friede und Wohlfahrt für das Land gesichert werde.

England. Der Generalgouverneur des russischen Reichs. In der ersten gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des nordrussischen Parlaments eine Volkskraft des Königs, in der die Hoffnung ausgesprochen wird, daß durch treue Beobachtung des englisch-russischen Vertrags Friede und Wohlfahrt für das Land gesichert werde.

Das erste Ziel des Ministeriums müsse sein, dem Terror, der durch eine Anzahl Verbrechen ausgeübt werde, ein Ende zu bereiten. Die Arbeiterpartei nahm an der Sitzung nicht teil, da sie mit der Einlegung des Generalgouverneurs nicht einverstanden ist.

Das erste Ziel des Ministeriums müsse sein, dem Terror, der durch eine Anzahl Verbrechen ausgeübt werde, ein Ende zu bereiten. Die Arbeiterpartei nahm an der Sitzung nicht teil, da sie mit der Einlegung des Generalgouverneurs nicht einverstanden ist.

Das erste Ziel des Ministeriums müsse sein, dem Terror, der durch eine Anzahl Verbrechen ausgeübt werde, ein Ende zu bereiten. Die Arbeiterpartei nahm an der Sitzung nicht teil, da sie mit der Einlegung des Generalgouverneurs nicht einverstanden ist.

Kunst und Wissenschaft.

Einakter-Abend im Dresdner Opernhaus. Drei Neubauten brachte der Abend und zwar waren sie im Stil so verschieden voneinander, daß man den Eindruck einer nicht eben glücklichen Mischung hatte. Scherersches Gesellschäft führt Paul Hindemith mit dem Einakter 'Mörder, Doktor, Frau' auf. Der jetzt vielgenannte Komponist hat das gleichnamige Schauspiel von Oscar Kokoscha, welches man vor Jahren schon einmal mit Bescheiden im Alberttheater sah, als textliche Unterlage zu einer Musik benutzt, die ebenso unverkennbar und übertrieben expressiv ist wie der Text.

Das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden, das in den wenigen Jahren seines Bestehens durch viele nützlichen Ausstellungen über Geschlechtskrankheiten, Lunaschwundstiftung usw. im In- und Auslande unendlichen Segen verbreitet hat, steht vor dem Untergange, wenn ihm nicht in letzter Stunde noch Hilfe zu teil wird.

Die Franzosen gegen Max Reinhardt. Aus Paris wird gemeldet: Im Verlaufe der gestrigen Beratung des Etats des Ministeriums für Kunst und Wissenschaft sprach der reaktionäre Abgeordnete Pharengay vor angeleglichen Verhandlungen zwischen dem Direktor des Operntheaters Firmin Ganneur und dem ehemaligen Direktor des Deutschen Theaters Max Reinhardt und wies darauf hin, daß dieser das Kriegsmantel der 93 deutschen Professoren unterschrieben habe.

Das Dresdner Gewandhausorchester, das bereits während des Krieges zwei Konzerte nach der Schweiz unternahm, wird sich Ende April auf eine neue 14-tägige Reise nach den deutschen Städten der Schweiz begeben.

Das Dresdner Gewandhausorchester, das bereits während des Krieges zwei Konzerte nach der Schweiz unternahm, wird sich Ende April auf eine neue 14-tägige Reise nach den deutschen Städten der Schweiz begeben.

Das Dresdner Gewandhausorchester, das bereits während des Krieges zwei Konzerte nach der Schweiz unternahm, wird sich Ende April auf eine neue 14-tägige Reise nach den deutschen Städten der Schweiz begeben.

Das Dresdner Gewandhausorchester, das bereits während des Krieges zwei Konzerte nach der Schweiz unternahm, wird sich Ende April auf eine neue 14-tägige Reise nach den deutschen Städten der Schweiz begeben.

Das Dresdner Gewandhausorchester, das bereits während des Krieges zwei Konzerte nach der Schweiz unternahm, wird sich Ende April auf eine neue 14-tägige Reise nach den deutschen Städten der Schweiz begeben.

treier Vereinbarungen getroffen werden. Tatsächlich seien
darüber Arbeiter und Arbeitgeber einig.
Friedrich (Arbeitnehmer des Handels) verlangt Zustimmung
zu den Vorschlägen des sozialpolitischen Ausschusses.
Schließlich bedauert Thierkopf (Vertreter des selbständigen
Handwerks), daß der Ausschuss den Wünschen des Handwerks
nicht das nötige Verständnis entgegengebracht habe. Das
Handwerk könne einer schematischen Regelung nicht zustimmen.
Damit schloß die Aussprache. Die Einzelbesprechung wird
am heutigen Donnerstag fortgesetzt.

Die Dezemberbezüge der Beamten.

Die Verhandlungen im Reichsanwärtensministerium mit
den Verbänden der Beamten und Anwälte über die
Dezemberbezüge haben zu einer Einigung geführt, nach
der eine Erhöhung gegenüber den durchschnittlichen November-
behalten um etwa 44 Prozent eintritt. Die Auszahlung der
erhöhten Bezüge soll möglichst vor Weihnachten erfolgen.

Obstruktion der englischen Arbeiterpartei im Unterhause.

Im englischen Unterhaus drohte vorgestern die
Arbeiterpartei, Obstruktion zu treiben und die Beratungen
über die Zusatzrechte die ganze Nacht andauern zu lassen,
wie verlautet, als Protest gegen die unzureichenden Maß-
nahmen der Regierung zur Unterdrückung der Arbeits-
losigkeit. Die Beratungen über die Zusatzrechte hatten um
Mitternacht erst geringe Fortschritte gemacht. Im Laufe
der Debatte rief ein Arbeiterpartei-Mitglied in großer Erregung,
die Arbeiterpartei werde immer von neuem beleidigt.
Wenn ihre Forderungen nicht auf verfassungsmäßige
Weise bewilligt würden, müßten sie in unkonstitutioneller
Weise erreicht werden. Schließlich wurde unter großer
Unruhe mit 147 gegen 61 Stimmen ein Antrag auf Schluß
der Debatte angenommen.

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung kam es während
der kleinen Anfragen zu arden Kämpfen. Die Arbeiter-
vertreter protestierten energisch gegen eine unbedingte
Antwort Bonar Law's über die Arbeitslosenfrage und
überhüllten ihn mit Fragen, obgleich bereits ein anderer
Abgeordneter das Wort hatte. Viele Arbeiterführer erhoben
sich von den Bänken und schrien durcheinander. Schließlich
erklärte Bonar Law, er könne über die Maßnahmen zur
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht mehr sagen, worauf
Ruhe eintrat.

Gardenprozess.

In der gestrigen Sitzung im Gardenprozess wurde die
Beweisaufnahme geschlossen. Der Vorsitzende legte den
Beweismaterialien die Schuldfrage auf Nordversuch und An-
stiftung für beide Angeklagte vor. Auf Anregung der Ver-
teidigung belehrte er die Angeklagten, daß unter Umständen
auch gefährliche Körperverletzung und Beihilfe dazu in
Frage kommen könnte. Die Verhandlung wurde auf heute
Donnerstag vormittag vertagt, wo dann der Oberstaats-
anwalt die Reihe der Plaidoyers eröffnen wird.

Die Voruntersuchung gegen Ehrhardt.

Wie W. L. B. hört, ist die Voruntersuchung gegen den
Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt wegen Missetätigkeit am
Rapp-Busch jetzt eröffnet. Untersuchungsrichter ist Reichs-
gerichtsrat Dr. Meß. Die Verteidigung hat Rechtsanwalt
Dr. Rütgebrunn in Göttingen übernommen.

Deutscher Reichstag.

Mitb. Berlin, 13. Dezember.

Nach Annahme einer Reihe kleinerer Beschlüsse wird
die zweite Lesung des lebendigen Nachtrags vom Haus-
halt beim Reichsarbeitsministerium fortgesetzt.

Auf Beschwerden des Abg. Walsahn (Komm.) erwidert
Reichsarbeitsminister Brauns: Die Grenze der Voraus-
berechtigung der Sozialrentner wurde auf 43 200 Mark
erhöht. Die Gemeinden sollen gesetzlich verpflichtet werden,
die Fürsorge für die Kleinrentner zu übernehmen. Auch
für die Arbeitslosen ist die Unterstützung erhöht worden.
Daß die Unterstützung der Sozialrentner hinter dem
Bedarf zurückbleiben, wissen wir, aber das Reich kann eben
dem Bedarf der Notleidenden leider nicht entsprechen.

Der Etat wird nach den Beschlüssen des Ausschusses
genehmigt und die Ausschlußentscheidungen angenommen.
Donnerstag nachmittags 2 Uhr Einkommensteuer, Kapital-
flucht und Haushalt. Schluß gegen 5 1/2 Uhr.

Die Lausanner Friedenskonferenz.

Die russische Abordnung hat Dienstag abend dem
Präsidenten der Konferenz eine scharfe Note überreicht,
in der es heißt: Die russischen Sachverständigen mühten sich
aus der Sachverständigenkonferenz zurückziehen und gegen die
offenkundige Absicht protestieren, die Unterkommissions-
beratungen, ja sogar die Beratungen des Meerengen-
ausschusses durch Sachverständigenberatungen zu ersetzen. In
der Sitzung am Mittwoch morgen haben in der Tat die
alliierten Sachverständigen ein neues Meerengenprojekt
vorgelagt, das das alte Projekt der einladenden Mächte
mit Änderungen enthält. Die russisch-ukrainisch-georgische
Abordnung hat bereits in ihrer Note vom 9. Dezember
erklärt, daß sie ein derartiges Verfahren als absolut unred-
lich betrachte. Andererseits erwidern die Sachverständigen
der russisch-ukrainisch-georgischen Abordnung mit
Ergänzung, daß außer dem Projekt über die Entmilitarisierung
gewisser Meerengenregionen ausgearbeitet haben, ein Projekt,
das ausschließlich den alliierten und den türkischen Sach-
verständigen vorbehalten bleibt. Dieses Verfahren wird
völlig die Grundlagen um, auf denen Russland und seine
Verbündeten auf dieser Konferenz stehen. Zudem ist von
dem größten Teil der Konferenzarbeiten ausgeschaltet wer-
den, will man sie jetzt auch von der Prüfung der einzigen
Frage, zu der sie zugelassen sind, nämlich der Meer-
engenfrage, ausschalten. Zudem die alliierten Sachverständigen
sich einer irreführenden Idee, die bereits Lord Curzon
ausgesprochen, aber nicht aufrechterhalten hat, bemächtigen,
haben sie willkürlich die Meerengenfrage in zwei Teile zer-
schnitten, von denen der eine den Alliierten vorbehalten bleibt,
und dies trotz der formellen Erklärung der Note der
Alliierten vom 14. November, in der Russland zur Prüfung
und zur Lösung dieser Fragen unter ihren verschiedenen
Gesichtspunkten zugelassen wurde. Die russisch-ukrainisch-
georgische Abordnung hofft, daß die Abordnungen der ein-
ladenden Mächte dem unerschütterlichen Entschluß Rus-
lands und seiner Verbündeten Rechnung tragen, d. h. dem
Entschluß, nicht auf ihr Recht auf Teilnahme an der
Lösung einer wichtigen internationalen Frage zu ver-
zichten, die unmittelbar ihre Lebensinteressen berührt.

Als Vorsitzender der Kommission, die sich mit der
Frage der Minderheiten befaßt, hatte Lord Curzon Dienst-
tag Gelegenheit, den Türken im Namen aller Alliierten eine
gewichtige Warnung wegen ihrer in dieser Frage einge-
nommenen Haltung entgegenzubringen. Curzon's Vorschläge
sind von dem amerikanischen Beobachter voll und ganz
unterstützt worden, ebenso von den französischen, italienischen,
griechischen und serbischen Delegierten, sodaß sich die Türken
in einer ziemlich isolierten Stellung befinden. Somet

Walsahn, der Dienstag sprach, sei nicht die geringste
Veränderung in seiner bisherigen Stellungnahme, sodaß Lord
Curzon ihm erwiderte, wenn die Türken nicht bald eine
verständliche Haltung einnehmen würden, hätten die christ-
lichen Staaten nur noch die Alternative, Lausanne zu ver-
lassen und sich von der Konferenz zurückzuziehen. Lord Curzon
sprach mit außerordentlichem Ernste und stellte fest, daß die
Minderheitenfrage die Aufmerksamkeit der ganzen Welt in
Anspruch nehme, mehr als jede andere, die in Lausanne
diskutiert wird. Wenn die Konferenz in Lausanne an der
Minderheitenfrage scheitern sollte, werde sich in der ganzen
Welt keine Stimme mehr für die Türken erheben. Sie er-
zielten wohl moralische Unterstützung aus Anzara, aber
von sonst niemandem mehr in der ganzen Welt. „Ich habe“,
schloß Lord Curzon, „klar und offen gesprochen, und meine
Verbündeten können mit mir überein.“ Amte Walsahn
stimmt am Mittwoch nach seiner ursprünglich ablesenden
Haltung in der Minderheitenfrage dem Vorschlag Lord
Curzon's auf Einsetzung einer Unterkommission zur ge-
nauen Prüfung und Besprechung dieser Frage zu. Diese
Kommission wird bereits heute zusammentreten.

Vom Weltfriedenskongress.

In der Nachmittags-Sitzung des Weltfriedenskongresses
am Dienstag führte der Vertreter der französischen Liga
für Menschenrechte Prof. Guiffon aus, daß die Liga den
internationalen Generalstreik als Abwehrmittel gegen einen
neuen Krieg ansehe. Der Völkerverbund sei eine unvoll-
kommene Institution. Die Menschheit sei reif, um sich von
den Verbrechen des Krieges frei zu machen. Das heran-
wachsende Weltrecht müsse im Geist der Gerechtigkeit und
Freiheit aufgezogen werden. Anstelle des abwesenden
Professors Guiffon sprach Osmund von Gerlach, der vor-
schlug, daß ein Vertreter des Büros des Internationalen
Gewerkschaftsbundes in Amsterdam und aus allen großen
internationalen Organisationen mit gleichen Zielen ein
ständiger Ausschuss gebildet werden soll.

Der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes
Niminen hielt eine Rede über die Aufgaben der organi-
sierten Arbeiter für den Weltfrieden, in der er sich betrie-
gen den Krieg in allen seinen Gestalten und auch gegen
den herannahenden Frieden wandte. Die zum Kampf gegen
den Krieg berufene Organisation sei zweifellos die gewerkschaft-
liche, weil sie die Massen einflüsse. Freilich dürfe
man nicht leichtsinnig mit dem Generalstreik und dem
Boykott spielen. Frau Verlen (Deutschland) stimmte den
Ausführungen Niminen's zu. Dumoulin's (Frankreich) stellte
fest, daß die Arbeiterklasse durch ihr Zusammengehen mit
den bürgerlichen Basisten noch lange nicht auf die Ver-
wirklichung ihrer eigenen Ziele verachtet. Graumann
(Deutschland) billigte die Ausführungen Dumoulin's, die er
noch durch die Bemerkung ergänzte, die deutschen Arbeiter
seien bereit, die Verwirklichung des Krieges wieder auszu-
machen, wollten aber nicht, daß das Ergebnis ihres Arbeit
dem Militarismus zugute komme. Der durch die Besatzungs-
truppen ausgeübte Druck sei auf die Dauer unerträglich.

Professor Bonfantini vom Internationalen soziologischen
Institut in Turin sprach gegen die Volkseigenen, die weder
Basisten noch Antimilitaristen seien, und erklärte dann,
die Gewerkschaften würden einen eindrucksvollen Beweis
für ihren Willen zur Wiederherstellung des Friedens ab-
legen, wenn sie eine großzügige Unterstützungsfaktion für
die verarmtesten Gebiete Frankreichs unternehmen würden. —
Gleditsie vom österreichischen Lehrerbund trat für eine völlige
Reform des Schulunterrichts ein. — Unter großer Be-
wegung ergriff hierauf Radet das Wort und sagte u. a.:
Zwischen Euch und den bürgerlichen Basisten liegt eine
ebenso große Kluft wie zwischen Euch und den Kommunisten.
Trotzdem schließt Ihr Euch mit den Basisten an und
wollt mit uns nichts zu tun haben. Wir erneuern
unseren Vorschlag, eine Einheitsfront zu bilden. (Geschrei.)
Dumoulin hat auf diesen Vorschlag nicht erwidert. Daraus
folgt, daß er der Bourgeoisie unendlich näher steht als uns.
Der Resolution von Rom über den Generalstreik stimme
ich gerne zu. Ihre Annahme beweist, daß Ihr Euer eigenes
Dogma aus dem Weltkrieg, das Dogma der Vaterlands-
verteidigung, plötzlich verliert. Wenn dies Euer Ernst
ist, so bedeutet das einen erfreulichen Fortschritt. Aber
dann müßt Ihr auch offen zugeben, daß das Völkertariat,
wenn es sich auf die Grundlage der Vaterlandsliebe stellt,
dem Untergang gemeldet ist.

In der Nachmittags-Sitzung des Weltfriedenskongresses
am Dienstag sagte Radet außer dem bereits Gemeindeten
noch, anstatt Beschlüsse über den Generalstreik zu fassen,
sollte man lieber etwas Positives tun, z. B. eine Protest-
woche gegen den Versailler Frieden veranstalten
mit anschließendem 24-stündigen Protest-
streik. Das wäre doch zum Mindesten eine Tat. Die dem
Kongress vorliegende Resolution zeige keine Spur von
Kampfesgeist. Begnüge man sich damit, dann werde die
Bourgeoisie den Kongress auslachen. Zum Schluß er-
neuerte Radet den kommunistischen Vorschlag auf Bildung
einer Einheitsfront.

Vanderveelde (Belgien) führt aus, er habe
nichts gegen eine Einheitsfront, die Kommunisten sollten
aber einige Sicherheiten geben, z. B. durch Rückgabe der
Selbständigkeit an Georgien, durch Begnadigung der So-
zialrevolutionäre in Russland. Er sei bereit, gegen fran-
zösischen Nationalismus, englischen Imperialismus und ita-
lienischen Sozialismus zu kämpfen, er verurteile die
Schwarze Meer-Volitik (England), aber auch die russische
Vetroleum-Volitik. Eine Abklärung sei erst möglich, wenn
ein Völkerverbund gebildet sei, dem alle Staaten, auch die Ver-
einigten Staaten angehören. In den verschiedenen veran-
tragten Resolutionen müßte Vanderveelde u. a. folgende
Vorbehalte: 1. Wenn beschaffen wird, den Krieg mit allen
Mitteln zu bekämpfen, dann muß dabei das Recht der
Notwehr für die Völker ebenso wie für die In-
dividuen gewahrt bleiben. 2. Das Recht Belgiens und
Frankreichs auf Reparationen muß gewahrt
werden. Wollen die Regierungen aber das deutsche
Volk zerstückeln, dann sagen wir: Nein! Nein!
und noch einmal Nein!

Buxton-England erklärte, man dürfe sich nicht
in Allgemeinheiten ergehen. Was solle geschehen, wenn in
London oder Lausanne Beschlüsse angenommen würden,
die den Kampf gegen den Krieg unmöglich machten? Die
Reparationspolitik habe ihre Grundlage in der un-
wahren Behauptung, daß das deutsche Volk
allein die Verantwortung für den Krieg
trage. Wir sollten Protest erheben gegen die fort-
dauernde Besetzung deutschen Gebietes, die
mit dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes un-
vereinbar ist. (Beifall.)

Der Vorsitzende bemerkte, die von Buxton aufge-
werfene Frage beschäftige auch viele andere Kongreßteil-
nehmer. Darum werde eine Resolution beantragt werden,
die sich auf die weitere Belegung deutschen Gebietes
beziehe.

Professor Duidde-München sprach im Namen der
auf völkertümlichem und sozialem Gebiet neutralen pazifistischen
Bewegung. Der Vorschlag auf Proklamierung eines Ge-
neralstreiks zur Verhinderung von Kriegen finde keine Ge-
stimmung. Er und seine Freunde könnten sich dabei nicht
machen, indem sie in anderen Kreisen Empfinden für die
Aktion der Arbeiter weckten und vielleicht Beamtenfreie
zum Anschluß an den Streik veranlassen könnten. Ein
solcher Streik sei aber nicht identisch mit sozialer Revo-
lution und bedeute ebenso wenig einen Krieg auf das
Recht der Landesverteidigung.

Im Namen des antimilitaristischen Buro erklärte
H. J. L. Holland: Wir werden nicht mit den Basisten zu-
sammenarbeiten, die den Kapitalismus beschützen wollen.
Nur das Völkertariat kann den Weltfrieden sichern. Geht es
um die Bourgeoisie zusammen, so besteht die Gefahr, daß
die Völker irreführt werden. Mit dem Völkertariat
der einen so schönen Namen hat und eine
so erbärmliche Sache ist, wollen wir nichts zu tun
haben.

Darauf wurde die Erörterung auf Mittwoch vertagt.
Dienstag werden die Kommissionsverhandlungen
beginnen.

Volkswirtschaftliches.

Der Sehtausendmarktschein (Korset). Die Sehtausend-
marktscheine werden schon nach dem Stande vom Anfang No-
vember dem Werte nach den Hauptteil uneres Papiergeldes.
Bis zu diesem Tage waren nahezu 17 Millionen Stück davon
ausgegeben, genauer 16 888 915 Stück, was einem „Werte“
von fast 160 Milliarden Mark entspricht. An die zweite
Stelle sind die Tausendmarktscheine mit einem Werte von
132 4 Milliarden getreten. Es gibt davon also über 132
Millionen Stück. Hundertmarktscheine gibt es infolge
der Vermehrung 187 Millionen, Scheine zu 100 Mark 721
Millionen, solche zu 50 Mark 455 Millionen, zu 20 Mark
175 Millionen, solche zu 10 Mark fast 164 Millionen Stück.
— Von den Reichsbanknoten zu 1000 Mark mit dem Datum
vom 15. September 1922 wird beinahe eine 6., 7. und
8. Serie ausgegeben werden. Das Papier der 6. Serie ist
weiß. Das Wasserzeichen wird aus hellen Linien gebildet,
die ein Gitterwerk mit einer arabischen Acht als Mittelpunkt
bilden. Bei der 7. Serie ist das Papier gleichfalls weiß.
Das Wasserzeichen besteht zum Teil aus hellen, zum Teil
aus dunklen Linien. Die Nummer ist in roter Farbe ge-
druckt. Bei der 8. Serie ist das Papier hellblau. Das
Wasserzeichen besteht aus Schlangenslinien mit paarweise
einander gegenüberliegenden Bindungen. Die Nummer ist
ebenfalls rot.

92,8 Milliarden Mark neue Rollen. Wie der Ausweis
der Reichsbank vom 7. d. M. ergibt, hat sich die gesamte
Kapitalanlage der Bank in der ersten Dezemberwoche weiter
um 88,4 Milliarden Mark auf 1008,4 Milliarden Mark er-
höht. Die Zunahme der bankmäßigen Dedung allein be-
trug 88,7 Milliarden Mark, wovon 84,2 Milliarden Mark
auf das Wechselkonto und 54,5 Milliarden Mark auf das
Schatzamtungskonto entfielen. Die Lombardforderungen
der Bank gingen in der Berichtswche beträchtlich, und zwar
um 50,8 Milliarden Mark auf 12 Milliarden Mark zurück,
während allerdings bei den Darlehnskonten gleichzeitig eine
sehr erhebliche Forderungszunahme zu beobachten war. Von
den im ganzen neu beanspruchten Kreditbeträgen wurde der
Bank im ganzen den Konten der fremden Gelder wie seit langem
ein nur verhältnismäßig geringer Teil befallen; die öffent-
lichen und privaten Guthaben vermehrten sich um 16,4 Milli-
arden Mark auf 257,8 Milliarden Mark. Der Banknoten-
umlauf ist von neuem um 92,8 Milliarden Mark auf 849,8
Milliarden Mark angewachsen. Der Umlauf an Darlehns-
kassenscheinen hielt sich fast unverändert (— 11,1 Millionen
Mark) auf dem Stande von 13,8 Milliarden Mark. Die
Darlehnskonten der Darlehnskassen haben sich um 61,8
Milliarden Mark auf 153,2 Milliarden Mark ausgedehnt.

Das erste private „werflich-kündliche“ Inhaberpapier. Von
einem unter Führung der Preussischen Staatsbank (Zeebank-
lung) stehenden Bankenkonzern, dem fast alle Großbanken
angehören, gelangen Prozentige Roggenrentenbriefe der
Roggenrentenbank Akt.-Ges. zu Berlin in Umlauf über 1,
5 und 10 Jentnern Roggen zum freibändigen Verkauf. Der
Kaufpreis beträgt 10 000 Mark für einen Jentner Roggen
und kann sofort bezahlt werden. Die Verzinsung und
Tilgung der Rentenbriefe erfolgt in deutscher Reichswäh-
rung zum jeweiligen amtlichen Roggenpreise. Die Zu-
lassung der Roggenrentenbriefe an der Berliner Börse ist von
dem Bankenkonzern beantragt worden. Als Dedung für
die Roggenrentenbriefe dienen Roggenmerkmale, die für
die Roggenrentenbank als Realitäten im Grundbuch an land-
wirtschaftlich genutzten Grundstücken eingetragen sind.

Preisrückgang in Ungarn. Im Monat November war,
zum erstenmal im ganzen Jahr 1922, ein Rückgang der
Indeziffer zu verzeichnen. Die Verbilligung der Waren
und Leistungen beträgt allerdings durchschnittlich nur
0,87 Prozent. Teurer geworden sind fast ausschließlich
Leistungen des Staates (Post, Eisenbahn usw.) und Waren,
deren Preise empfindlich auf die Höhe der Preisleistungen
auf. Erhebliche Spannungen zwischen Groß- und Klein-
handelspreisen sprechen wohl dafür, daß weitere Preisrück-
gänge in Aussicht stehen.

Rückgang der deutschen Kohlenbezüge aus England.
Trotz der sprunghaft erfolgten Preisrückgänge für Kohle
vom 15. November und um weitere 60 Prozent am 1. De-
zember, die die Spanne zwischen dem Preisniveau für im-
ländische und ausländische Kohlen bedeutend verringert hat,
nehmen die Bestellungen unserer Industrie in England auf
Kohle härter ab. Eine Tonne New Cumberland unverschred,
die unserer Industrie ungefähr entspricht, stellt sich frei Som-
mer immer noch auf 38 000 Mark, bei einem Pfundfuß von
38 000 Mark, was aber noch die Fracht von rund 12 000
Mark bei 500 Kilometer Entfernung im Inlande kommt.
Demgegenüber kosten bei uns gute Sorten noch immer nur
25 813 Mark ab Hütte einschließlich Kohlen- und Umfrachten.
In der ersten Debatte des laufenden Monats beträgt, wie
das „Berl. Tagbl.“ hört, die Summe der nachgelieferten Ein-
führungen nur 188 000 Tonnen, wobei die Seerlieferun-
gen, die noch etwa 80 000 T. ausmachen dürften, nicht
berücksichtigt sind. Demgegenüber belief sich im gesamten
Monat November die Einfuhrziffer auf 971 248, im Oktober
auf 2 281 638 Tonnen.

Marktlieferie.

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner
Produktenbörse pro 50 kg ab Station. Weizen, märkischer
15 700—15 800, schwäbischer, Roggen, märkischer 13 800 bis
13 900, schwäbischer, Sommergerste, märkischer 12 800—13 400,
schlesischer 12 500—13 000, Hafer, märkischer 13 800
bis 13 900, Sommererbsen 13 400—13 000, matter, Weizen
loft Berlin 15 400—15 500, matt, Weizenmehl per 100 kg
frei Berlin 42 000—47 000, feinste Marken frei Notiz
bezahlt, Hafer, Roggenmehl per 100 kg frei Berlin 37 000
bis 40 000, Hafer, Weizenmehl 7 900—8 100, Roggenmehl
8 100—8 800, Hafer, Haas 24 000—25 000, behauptet, Lein-
saat 28 000—31 000, behauptet, Erbsen, Viktoria 29 500
bis 30 500, M. Spelzenerbisen 25 500—27 000, Weizen
18 000—19 000, Lupinen 23 000—27 000, Lupinen, blaue
17 000—18 000, Lupinen, gelbe 21 000—23 000, Serradella
34 000—40 000, Rapskuchen 9300—9500, Trocken-
korn 8000—8200, Lohmelasse 80 700—8200—8500.

Amstische Notierungen der Produkten-Börse zu
Chemnitz, Mittwoch, 13. Dezember, nachmittags 3 Uhr.
Stimmung: ruhig. Weizen 15 500—16 000 M., Roggen
13 800—14 400 M., Wintergerste — M., Sommergerste
14 000—14 500 M., Hafer 12 500—14 000 M., Weizen
17 500 M., Weizenmehl 24 500 M., Roggenmehl 21 000 M.,
Weizenkleie 7 600 M., Roggenkleie 7 600 M., Weizenbräu
8000—8500 M., Kleben — M., Getreidestroh lofte 8800
bis 9000 M., do. gepreßt 9500—9800 M., für den Jentner
franco Chemnitz bei Getreide in Ladungen von 200—300
Str., bei Weizen in Mengen unter 100 Str. und bei Heu und
Stroh ladungsmäßig.